

## **Antrag an den Attac-Rat**

**Der Rat möge beschließen: In der geplanten Attac-Broschüre zu TISA erhalten die Auswirkungen dieses Abkommens besonders auf Frauen angemessenen Raum, und zwar als Querschnittsthema, bei dem die spezifischen Auswirkungen von TISA auf Frauen in den je einzelnen Bereichen aufgezeigt werden.**

### **Begründung:**

TISA ist ein reines Dienstleistungsabkommen, das in stärkerer Weise als GATS und sehr aggressiv die Liberalisierung insbesondere des Öffentlichen Dienstes und der Daseinsvorsorge vorantreiben wird. Dies betrifft vorrangig Frauen, denn:

**Mehr als 80 Prozent der erwerbstätigen Frauen in der EU (in Deutschland und Österreich jeweils ca. 83%) arbeiten im Dienstleistungssektor!**

Damit sind Millionen von Frauen die Hauptbetroffenen von TISA, und zwar sowohl als Dienstleistungs-Erbringerinnen als auch als Dienstleistungs-Empfängerinnen. Gerade in den noch immer stark von Frauen dominierten Berufssektoren wie zum Beispiel Bildung, Gesundheits- und sozialen Dienstleistungen könnte es durch die weitere Marktöffnung zu erheblichen beschäftigungspolitischen Auswirkungen mit Absenkungen von Standards und erhöhtem Lohndruck für viele häufig (aber nicht nur) niedrig-qualifizierte Frauen kommen.

Nicht nur ihre Arbeitsplätze sind bedroht, vor allem aber werden sie durch Privatisierungen einen großen Teil ihrer Arbeiterinnenrechte verlieren, d.h. Kündigungsschutz, Arbeitszeiten, Sozialversicherungen, Mutterschaftsschutz werden "flexibilisiert" werden. Viele der Aufgaben werden ausgelagert und "hausfrauisiert" und in Teleheimarbeit erbracht werden, besonders seitdem das Internet immer mehr zum „Arbeitsplatz“ wird. Arbeitshetze, Konkurrenzdruck untereinander, Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Mobbing werden für die zunehmen, die noch einen Arbeitsplatz behalten. Und schon jetzt sind laut Bundesamt für Statistik in Deutschland fast dreimal so viele Frauen atypisch, also prekär beschäftigt als Männer: Frauen: 32,5 %, Männer: 11,7%. (Zu den atypisch Beschäftigten zählen befristet Beschäftigte, Teilzeitbeschäftigte mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügig Beschäftigte sowie Zeitarbeiterinnen.) Bereits abgeschlossene Freihandelsabkommen, wie zum Beispiel das Abkommen zwischen Mexiko, Kanada und USA (NAFTA) machen deutlich, dass von TISA sehr wohl eine Ausweitung des Niedriglohnssektors zu erwarten ist. Denn in der Umsetzung von NAFTA ist es zu einer Ausweitung atypischer Erwerbsarbeit und somit zu einem Anstieg prekärer Arbeitsplätze gekommen.

Noch nicht berücksichtigt ist bei alledem die Industrie 4.0: Computer werden immer mehr Jobs übernehmen - von der Hilfskraft bei Amazon bis zur Röntgenärztin im Krankenhaus. Oxford-Forscher erwarten, dass in den USA fast jeder zweite Beruf in den nächsten 20 Jahren verschwinden wird, ähnlich fallen die Prognosen für Europa aus. (Nebenbei macht das **alle** beschäftigungspolitischen Voraussagen und Versprechungen hinfällig!).

Auch höherwertige Arbeitsplätze von Frauen gehen durch Privatisierung verloren, etwa viele Frauendarbeitsplätze im Öffentlichen Dienst, in dem Frauen eine relative Gleichstellung erreicht haben, und zwar anders als bei Privatunternehmen sowohl bei Löhnen und Gehältern als auch hinsichtlich ihrer Aufstiegschancen bis hin zu Spitzenpositionen. Dies gilt besonders für die Bereiche Bildung und Gesundheit, in denen Frauen traditionell stark vertreten sind. Im Übrigen dürften den bei Privatisierung

tisierungen üblichen „Verschlankungsmaßnahmen“ auch die im deutschen Öffentlichen Sektor vorgeschriebenen Stellen der Frauen- und Gender-Beauftragten zum Opfer fallen.

Die viele unbezahlte Arbeit, die vor allem Frauen leisten, sei es als Produzentinnen von Gütern, als Haushälterinnen, Erzieherinnen von Kindern, Pflegerinnen von Kranken und Alten, als Gemeinschaftsarbeiterinnen, wird in derartigen Abkommen nicht mitgedacht. Darum kann, was in der Geldökonomie als Effizienzsteigerung erscheint, in der Realität eine Verschiebung von Arbeitsaufwand vom bezahlten in den unbezahlten Sektor sein. Deregulierung, Privatisierung und Reduzierung staatlicher Leistungen bedeuten in Realität, dass das Verhältnis zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit neu geregelt wird – meist zuungunsten von Frauen.

Dabei werden durch die Einschränkung des öffentlichen Sektors viele Leistungen, die bisher von öffentlichen Einrichtungen abgedeckt wurden, wieder in die Familien verschoben, bzw. an die (Haus)Frauen delegiert, von der Kinderbetreuung bis zur Pflege. Mit TISA könnte z.B. der Markt für gewinnorientierte Pflegeheimbetreiber weiter geöffnet werden. Da mehr Frauen als Männer ein hohes Alter erreichen, in dem sie mehrere Pflegeleistungen brauchen und auch der Großteil der bezahlten PflegerInnen Frauen sind, ist es essentiell, wie in diesen Heimen gepflegt und gearbeitet wird, welche Care-Standards dort gelten oder ob auch diese nach unten harmonisiert werden. Und das wird auch ganz wesentlich mitentscheiden, wie viel unbezahlte Care-Arbeit von Frauen geleistet werden muss. Ähnliches gilt auch für Kitas mit entsprechenden Auswirkungen darauf, ob Frauen Beruf und Familie überhaupt noch werden vereinbaren können.

Auch die Liberalisierung der Bildungseinrichtungen hat für Frauen enorm negative Konsequenzen. Ein nachfrageorientiertes Bildungsangebot, wie es private Institutionen anbieten, bringt in erster Linie Bildung für jene, die es sich leisten können. Daher werden Familien wieder vorrangig auf die Bildung ihrer Söhne achten, weil die Töchter ja heiraten können. Das führt zur Verstärkung der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und verstärkt Geschlechterstereotypen. In den Ländern des Südens zeigt sich deutlich, dass der Unterschied im Schulbesuch zwischen Buben und Mädchen umso weiter auseinander liegt, je weniger Geld der Staat für Schulen und das Bildungssystem ausgibt. Weniger Zugang zu Bildung wirkt sich zudem auf die Möglichkeit für Frauen aus, bei politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen mitzuwirken.

TISA bedeutet also einerseits ein Hinausdrängen der Frauen aus dem öffentlichen Raum und ein Verlust an gesellschaftlicher Teilhabe, andererseits ständig wachsende Mehrbelastung. Von Geschlechtergerechtigkeit kann dann keine Rede mehr sein!

Ein erheblicher Lohndruck für westliche/europäische Frauen könnte dadurch entstehen, dass über TISA der Einsatz von billigeren Arbeitskräften aus den jetzt schon an den Verhandlungen beteiligten Schwellen- und Entwicklungsländern durch internationale Dienstleistungsunternehmen möglich wird. In den erwähnten von Frauenarbeit dominierten Bereichen dürften das ebenfalls Frauen sein. Laut PSI-Report zu TISA besteht darüber hinaus langfristig die Absicht, den Teilnehmerkreis von derzeit 50 Ländern bei TISA zu erweitern indem man die wichtigsten Schwellenländer sowie einige kleinere Entwicklungsländer mit ins Boot holt.

Die Frauen aus diesen Ländern jedoch erhalten keinerlei Chance, in einem der entwickelten Länder etwa Fuß zu fassen, sich selbst weiter zu entwickeln, zu qualifizieren, gar sich zu integrieren. Sie erhalten reine Zeitarbeitsverträge und müssen nach Ablauf ihrer nur für diese Zeit erteilte Aufenthaltserlaubnis wieder in ihre Länder zurückkehren. So werden sie einerseits ausgebeutet und andererseits vermutlich als Menschen, die – z.B. in Deutschland – „uns die Arbeitsplätze wegnehmen“, auf Ausländerhass und Fremdenfeindlichkeit treffen: eine doppelte Belastung, die sogar lebensbedrohlich sein kann. Ein weiteres Beispiel: Krankenschwestern werden von Jamaica oder den Philippinen in die USA «exportiert». Das ist übrigens zugleich ein „Brain Drain“ für diese Länder. Laut einem WTO Bericht von 1995 blieben dadurch in Jamaica 50% der Stellen unbesetzt. Tatsächlich

verdienen die emigrierten Krankschwester in den USA mehr als in ihren Heimatländern, sie werden aber in den USA teilweise massiv marginalisiert und leiden unter einem offenen oder latenten Rassismus und Sexismus.

Viele Teile der "Dritten Welt" sind in den letzten Jahrzehnten von den Strukturanpassungsprogrammen des Internationalen Weltwährungsfonds (IWF) gezwungen worden, ihre öffentlichen Infrastrukturen abzubauen. Um berechtigt für den Schuldenerlass zu werden, sind z.B. Dutzende von "Entwicklungsländern" in den letzten 30 Jahren dazu gezwungen worden, ihre öffentlichen Sozialprogramme aufzugeben, gleichzeitig wird fremden Unternehmen erlaubt, ins Land zu kommen und ihre Gesundheits- und Erziehungs-"Produkte" an diejenigen "KonsumentInnen" zu verkaufen, die sie sich leisten können, während Millionen von Menschen ohne eine allgemeine soziale Grundversorgung bleiben. In Zambia beispielsweise wurden die Bildungskosten auf die lokalen Gemeinschaften und Familien abgewälzt. Eine Studie machte deutlich, dass sich dadurch die Qualität der Grundschule nicht verbessert hat, dass aber viel weniger Mädchen als Jungen an Schulen eingeschrieben wurden. In Chile haben sich die öffentlichen Krankenhäuser durch die Konkurrenz privater Krankenhäuser rapide verschlechtert. Die Wohlhabenderen können sich die kostbaren privaten Leistungen leisten, die Mehrheit der ärmeren Bevölkerung, zu denen viele Frauen zählen, sind auf den immer schlechter werdenden öffentlichen Sektor angewiesen. In Harare, Zimbabwe, hatte sich 1995 die Sterberate von Frauen bei der Geburt innerhalb von zwei Jahren verdoppelt, nachdem das Gesundheitsbudget von der Regierung um einen Drittel gekürzt worden war.

Bis zu welchen Unfassbarkeiten die mangelnde Versorgung finanzschwacher Bevölkerungen sogar in einem EU-Land gehen kann, zeigt ein Blick nach Griechenland, in dem 40% der Familien sich eine Krankenversicherung nicht mehr leisten können, und in dem Krankenhäuser den Frauen ihr Neugeborenes erst aushändigen, wenn sie die Krankenhausrechnung bezahlt haben!

In der Attac-Kampagne gegen TTIP und inzwischen auch CETA zeigen wir vor allem auf, welche Gefahren diese Abkommen für den Dienstleistungssektor haben. Wir kennen diese Gefahren besonders für die Öffentlichen Dienstleistungen nur zu gut: Das einzige bisherige reine Dienstleistungsabkommen GATS war deshalb vor mehr als zehn Jahren schon einmal Anlass für eine Attac-Kampagne. Der öffentliche Druck gegen TTIP und CETA hat zwar schon zu einem scheinbaren (!) Einknicken der EU-Kommission geführt, man verspricht uns mehr Transparenz und die Sicherung der Daseinsvorsorge. Aber das darf uns nicht täuschen. Ob GATS, CETA oder TTIP: Jedes Abkommen bildet die Basis für das nächste Vertragswerk. Hart erkämpfte Ausnahmen in einem Abkommen stehen in der nächsten Gesprächsrunde wieder zur Disposition. Gleichgültig also welcher Schutz für Öffentliche Dienste in CETA oder TTIP noch ausgehandelt werden wird: durch TISA, werden weite Bereiche der Öffentlichen Dienste und der Daseinsvorsorge vermutlich endgültig und unwiderruflich liberalisiert und privatisiert werden – und das in aller Heimlichkeit. Die Ausnahmen, die es bei GATS noch gibt und einen gewissen Schutz vor den schlimmsten Auswirkungen gewährten, sollen bei TISA fallen, denn sonst brauchte man es ja nicht zu verhandeln.

Es geht daher nicht an, dass in einer Attac-Broschüre zu TISA die spezifischen Auswirkungen dieses Abkommens auf die größere Hälfte der Weltbevölkerung nicht vorkommen.

**Für die Gender-AG:** Christine Rudolf

**Für Attac Freiburg:** Barbara Volhard